

Rohstoffe

Energiewende statt Raubbau

17/40

Uns geht's ums Ganze.
www.gruene-bundestag.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



*„Unsere Verschwendung
fossiler Ressourcen belastet nicht nur
das Klima, sondern zerstört weltweit
auch unsere Lebensgrundlagen.“*

**Oliver Krischer MdB,
Sprecher für Energie- und
Ressourceneffizienz**



Politik ändern – Verbrauch drosseln

Nicht nur die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Öl oder Erdgas schadet der Umwelt und dem Klima, sondern bereits ihr Abbau und Transport. Ganz besonders gilt dies für den atomaren Brennstoff Uran, da durch den Uranbergbau radioaktive Folgeprodukte freigesetzt werden. Circa drei Viertel der in Deutschland verbrauchten energetischen Rohstoffe werden aus dem Ausland importiert, wo ihr Abbau oft unter menschenunwürdigen Bedingungen stattfindet. Weltweit sind fossile und atomare Rohstoffe nur begrenzt vorhanden, aber zugleich wächst weltweit der Energiehunger.

Wir möchten exemplarisch die negativen Auswirkungen des Abbaus fossiler und atomarer Rohstoffe für die betroffenen Regionen aufzeigen, sowohl hier in westlichen Industrienationen als auch in Schwellen- und Entwicklungsländern, für

die ihr Rohstoffreichtum häufig mehr Fluch als Segen ist. Die Einnahmen aus dem Rohstoffhandel versickern dort allzu häufig in den Taschen korrupter Eliten oder dienen zur Finanzierung von Kriegen und Bürgerkriegen. Angesichts all dieser Missstände gilt es, entschieden zu handeln.

Dringend erforderlich ist erstens mehr Transparenz beim Rohstoffhandel von Wirtschaftsunternehmen und Regierungen. Zweitens müssen für die Rohstoffgewinnung Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards verbindlich in der Handelspolitik verankert werden. Drittens ist eine Drosselung des Rohstoffverbrauchs durch die komplette Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien unverzichtbar. Deutschland konnte dabei in den letzten Jahren große Erfolge verbuchen: Der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergiebedarf stieg zwischen den Jahren 2000 und 2009 von drei auf neun Prozent, bei der Stromerzeugung sogar auf 17 Prozent. Der von uns Grünen vor gut zehn Jahren mit dem EEG eingeschlagene Weg fand inzwischen in über 40 Ländern der Erde Nachahmer. Er muss auch international konsequent weiter verfolgt werden, damit auch nachfolgende Generationen noch einen lebenswerten Planeten vorfinden und unser Wohlstand nicht länger zu Lasten anderer geht.



**Profit
contra
Ethik!?**



bald alle!

Von keinem anderen Energieträger sind wir so abhängig: 2009 wurden weltweit fast 4.000 Millionen Tonnen Erdöl gefördert. Hauptfördergebiete sind Russland, Saudi-Arabien, die USA, der Iran und zunehmend die Tiefsee im Golf von Mexiko, vor Angola, Libyen, Brasilien und nördlich von Schottland. Nach verschiedenen Schätzungen ist die maximale Fördermenge, das sogenannte Peak-Oil, weltweit bereits überschritten – die Produktion kann die steigende Nachfrage kaum noch befriedigen. In Deutschland werden mehr als 100 Millionen Tonnen Rohöl jährlich verbraucht, wodurch circa ein Drittel des Primärenergiebedarfs abgedeckt wird. Mehr als die Hälfte des Öls fließt in den Verkehr, fast ein Viertel ist Ausgangsstoff in der chemischen Industrie und etwa zwölf Prozent werden in privaten Haushalten verheizt.

Mit der zunehmenden Abhängigkeit steigen der Preis und das Risiko: Es werden Quellen angezapft, die noch vor Kurzem als unzugänglich galten – zum Beispiel in der Tiefsee. Mit der Folge, dass Unfälle dort kaum beherrschbar sind. Im Golf von Mexiko verursachte so 2010 die Plattform Deepwater Horizon eine der größten Ölkatastrophen der Geschichte. Auch unter der herkömmlichen Förderung leiden Mensch und Umwelt: Im Nigerdelta strömen seit 50 Jahren Millionen Tonnen Öl aus, weil es an den 6.000 Kilometer langen und veralteten Ölpipelines zu durchschnittlich 300 schweren Havarien im Jahr kommt. Durch die verheerenden Explosionen gibt es kaum noch Fischbestände, die Böden sind verseucht und die Lebenserwartung der Bevölkerung sank um zehn Jahre. Der nigerianische Staat generiert 80 Prozent seiner Haushaltseinnahmen aus dem Ölgeschäft – die Bevölkerung bezahlt es mit ihrer Gesundheit. Auch die multinationalen Ölkonzerne Shell, Chevron, ExxonMobil und Total nutzen ihren Einfluss nicht, um den Menschen zu helfen. Wirtschaftlicher Profit geht hier eindeutig vor Allgemeinwohl.

Ölsande – massive Umweltbelastung

Zur Förderung von Erdöl aus Ölsanden wird das Öl mit industriellen Verfahren unter extremem Energieaufwand aus den Sanden gewaschen. Dabei entstehen bis zu 500 Millionen Liter stark kontaminierte Produktionsabwässer täglich, die in riesigen Giftseen lagern oder direkt versickern. Außerdem werden bei der Produktion von einem Barrel Öl aus Ölsanden bis zu 125 Kilogramm CO₂ produziert. Zum Vergleich: Ein Barrel Rohöl aus herkömmlicher Förderung verursacht etwa 29 Kilogramm Kohlendioxid. Ein Drittel der Weltreserven an Ölsanden lagert in Kanada. Wird der Abbau dort fortgesetzt, ist Kanada bald weltweiter Spitzenreiter beim CO₂-Ausstoß pro Kopf. Der großflächige Abbau zerstört einzigartige und artenreiche Wälder, Moore und Flusslandschaften. Eine Rekultivierung ist kaum möglich. Trotz dieser massiven Umweltbelastung sind alle Big Player der Ölindustrie in diesem Geschäft aktiv. Durch die Einberechnung des Ölsandpotenzials sind die weltweiten Ölreserven deutlich angestiegen. Den hohen Preis aber, den Mensch und Umwelt dafür zahlen müssen, verschweigt man lieber.

Uranabbau gefährdet indigene Völker

100 Prozent des deutschen Uranbedarfs zum Betrieb der Atomkraftwerke von RWE, E.on, Vattenfall und EnBW müssen importiert werden. Der Abbau von Uran findet in nur wenigen Ländern statt, darunter die ärmsten der Welt. Zehn Staaten decken 94 Prozent des gesamten Bedarfs. Niger allein deckt zehn Prozent des Uranbedarfs der Europäischen Union.

Jährlich werden in der Welt rund 67.000 Tonnen Uran benötigt, dem hinkt die Produktion aber weit hinterher. Diese Engpässe verursachen einen massiven Preisanstieg. Hierdurch wird der Abbau in immer entlegeneren Regionen und unter immer schwerwiegenderen Eingriffen in die Natur wirtschaftlich lukrativ. 70 Prozent der Uranreserven liegen in Gebieten, die von indigenen Völkern bewohnt werden. Deren Gesundheit und Lebensraum werden durch den Abbau und die radioaktiven Zerfallsprodukte in unverantwortlicher Weise gefährdet. Die betroffenen Menschen wehren sich inzwischen immer mehr gegen die Verseuchung und Zerstörung ihrer Heimat – und werden deswegen bedroht und verfolgt.

70 %

*der Uranreserven
liegen in Gebieten,
die von indigenen Völkern
bewohnt werden.*



Uranabbau macht Menschen **krank**

In Afrika gibt es vergleichsweise geringe Arbeits- und Umweltschutzauflagen. Arbeitsrechte werden verletzt, über die Gefahren des Uranabbaus und die Risiken von Radioaktivität werden die Menschen kaum aufgeklärt und sind sich der Gefahren oft nicht bewusst. Strahlende Abfälle werden beispielsweise in unmittelbarer Nähe von Dörfern unter freiem Himmel gelagert oder ungesichert abtransportiert. Immer wieder kommt es zu Verunreinigungen des Trinkwassers. Dass die Menschen dadurch schwer krank werden können, wird in Kauf genommen – ebenso wie die verheerenden Auswirkungen auf die Umwelt.

Die Uran-Minen liegen überwiegend in Wüstengebieten und verbrauchen gewaltige Wassermengen. Der Grundwasserspiegel sinkt hierdurch und letztlich verödet die Landschaft völlig. Stillgelegte Bergwerke werden oft ungesichert hinterlassen, übrig bleiben karge Mondlandschaften.

Unkonventionelles Erdgas birgt **Risiken**

Als unkonventionell bezeichnet man Gas aus tief im Gestein liegenden Quellen, die sich mit herkömmlichen Methoden nicht ausbeuten lassen. Unter Einsatz giftiger Chemikalien werden mittels der sogenannten Fracturingtechnik in Tausenden Metern Tiefe Risse in das Gestein gesprengt, um das Erdgas herauszulösen. Der Verbrauch an Wasser und Energie ist dabei gewaltig. Das vergiftete sogenannte Fracwasser verbleibt zum Teil unter der Erde, zum Teil wird es wieder an die Oberfläche geholt und oft nicht fachgerecht entsorgt.

In den USA hat die Förderung von unkonventionellem Erdgas stark zugenommen. Nach Medienberichten kam es dabei zu Verunreinigungen des Trinkwassers, Menschen und Tiere wurden krank. In manchen Gegenden soll sogar das Trinkwasser mit Erdgas kontaminiert sein, Wasser aus dem Hahn kann einfach angezündet werden. Aufgrund von Protesten gegen die Förderung hat der Staat Pennsylvania ein Moratorium gegen weitere Bohrungen erlassen. In Deutschland beginnt jetzt die Erkundung von Erdgasvorkommen aus unkonventionellen Lagerstätten.

Kohle ist der Klima-killer Nummer Eins

Kein anderer Brennstoff erzeugt bei der Verbrennung so viel CO₂. Kohle wird überwiegend zur Stromproduktion in Kraftwerken verwendet, in Form von Koks aber auch in der Industrie. Von allen fossilen Rohstoffen existieren von der Kohle weltweit die größten Reserven. Circa 6,5 Milliarden Tonnen Kohle wurden 2007 gefördert, vor allem in Australien, China, Russland, Südafrika und den USA, aber auch in weiteren Regionen Afrikas, Europas und Südamerikas. In Deutschland wurden im Jahr 2010 169,4 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert, womit Deutschland der weltweit größte Produzent der Braunkohle ist. Von Steinkohle wurden in Deutschland im selben Jahr dagegen nur noch 14,2 Millionen Tonnen gefördert. Dem gegenüber stehen Importe von 40,6 Millionen Tonnen. Die wichtigsten Lieferanten sind Russland, Kolumbien und die USA.

Kohlebergbau ist lebensgefährlich

In den Entwicklungs- und Schwellenländern findet der Kohleabbau unter sehr kritischen sozialen Bedingungen statt, so zum Beispiel in Kolumbien. In China sind seit dem Jahr 1995 fast 100.000 Bergleute bei Unfällen ums Leben gekommen. In vielen Regionen der Welt sterben täglich Minenarbeiter bei Unfällen, Arbeitsschutzrichtlinien werden nicht eingehalten, die Gründung von Arbeitnehmervertretungen wird untersagt und die gezahlten Löhne reichen oft nicht aus, um die Arbeiter und ihre Familien zu ernähren. Aber gewerkschaftliches Engagement bedeutet oft genug auch Lebensgefahr. In Südamerika werden die Einwohner für den Kohleabbau oft mit Gewalt aus ihrer Heimat vertrieben und mit der Natur wird auch ihr Lebensraum zerstört. Deutschland ist Großabnehmer der „schmutzigen“ Kohle aus diesen Ländern.

Kohleabbau ist umweltzerstörerisch

Auch in Deutschland zerstört der Kohleabbau ganze Landschaften und die Umwelt. Ein Beispiel hierfür ist der Tagebau Hambach bei Köln. Mit einer Ausdehnung von etlichen Quadratkilometern und einer Tiefe von 400 Metern ist er gleichzeitig das tiefste von Menschen gemachte offene Loch der Welt. Jahr für Jahr werden hier circa 40 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert, die dann in den umliegenden Kraftwerken zur Stromerzeugung verwendet werden. Nirgendwo auf der Welt wird auf so engem Raum eine solche Menge an CO₂ freigesetzt. Tausende Menschen wurden und werden aus ihrer Heimat vertrieben. Eine Jahrhunderte alte, fruchtbare Landschaft mit natürlichen Waldflächen wird unwiederbringlich zerstört.

In vielen Regionen mit aktivem und ehemaligem Tage- und Bergbau treten schwere Schäden auf, zum Beispiel durch Bergsenkungen und Sprengungen. Das kann bis zur vollständigen Unbewohnbarkeit von Gebäuden führen. Hinzu kommt eine ständige Belastung durch Lärm und (Fein-)Staub. Seit 1945 wurden allein für den Braunkohleabbau in Deutschland 300 Ortschaften zerstört und 110.000 Menschen umgesiedelt.

Foto: Servus/Ansoester



Ganze Dörfer müssen weichen.

Wir brauchen eine neue Rohstoffpolitik

Deutschland ist ein Industrieland und ist auf eine sichere Energieversorgung angewiesen. Aber unser heutiger Wohlstand geht in großen Teilen auf Kosten von Menschen und Umwelt in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Dieser Zustand ist nicht haltbar. Es bedarf einer grundsätzlich anderen Rohstoffpolitik. Wir brauchen international verbindliche Transparenz-, Sozial-, Menschenrechts- und Umweltstandards für alle Akteure im Rohstoffsektor, um Raubbau, Korruption und bewaffnete Konflikte einzudämmen. Wir müssen entwicklungspolitische Maßnahmen stärken, die den Ausbau der erneuerbaren Energien auch in der südlichen Hemisphäre voranbringen, die Zivilgesellschaft in den Rohstoffländern fördern und starke demokratische und rechtsstaatliche Institutionen aufbauen helfen. In Deutschland müssen wir endlich eine grundlegende Reform unseres antiquierten Bergrechts erwirken, um Anwohner, Betroffene und Umweltverbände zu stärken. Wir benötigen ein transparentes, umweltfreundliches und effizientes Bergrecht. Die Ausweisung neuer Braunkohle-tagebaue gilt es sofort und endgültig einzustellen, um nicht immer größere Ewigkeitskosten zu produzieren.

„Ein nutzbringender Abbau von Rohstoffen braucht Standards: zum Wohl der Bevölkerung, zum Schutz der Natur und damit die nächste Generation nicht darunter leidet.“

Ute Koczy MdB,
Sprecherin für Entwicklungspolitik

Deshalb: Energiewende jetzt!

Unser langfristiges Ziel ist der weltweite Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien! Es gilt, die Ausplünderung unseres Planeten zu stoppen, damit auch nachfolgende Generationen noch eine lebenswerte Welt vorfinden. Dazu bedarf es vor allem einer deutlichen Steigerung der Energieeffizienz, intelligenter Mobilitätskonzepte und eines konsequenten Ausbaus der erneuerbaren Energien.

Auch jeder Einzelne kann durch Gewohnheitsänderungen, und oft einfache Energiesparmaßnahmen einen Beitrag zur Ressourcenschonung leisten. Dies schont auch den Geldbeutel, denn die Energiepreise werden mit zunehmender Knappheit weiter steigen.

Foto: Duvogian / Reuters



Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Arbeitskreis 2: Umwelt, Energie, Verbraucher und Verkehr

T. 030/227 56789, F. 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de

Zum Weiterlesen:

Energie 2050: Sicher erneuerbar (Reader 17/23)

Bundestagsdrucksachen:

17/5858 Herkunft des Urans in deutschen Atomkraftwerken

17/5183 Keine Hermesbürgschaften für Atomtechnologien

17/3061 Energie 2050 – Sicher erneuerbar

17/4605 Steinkohleimporte aus Kolumbien

17/3662 Rohstoffförderung im Meer

Links:

www.gruene-bundestag.de » Themen A-Z » Energie

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Impressum:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Stefan Kaminski

Stand: Juli 2011, Schutzgebühr: 0,05 €